

Wohn- und Siedlungswesens und seiner Bedeutung für die nationale Entwicklung sehr viel klarer. Kurz zusammengefaßt läßt sich festhalten:

> *Wohn- und Siedlungsstrategien erfordern die Koordinierung multisektoraler Eingangsleistungen.*

Benötigt wird eine interdisziplinäre Aufgabenstellung für den Planungsapparat der einzelnen Regierungen. Verschiedenste Sektorleistungen müssen so koordiniert werden, daß sie ein wirksames Paket von Unterkunftsbeschaffungsmaßnahmen erbringen. Das Spektrum reicht von gesamtstaatlichen Gegebenheiten, die die übergreifenden Rahmenbedingungen schaffen, innerhalb derer sich Siedlungen entwickeln, bis hin zu den spezifischen unmittelbaren und sozialen Bedürfnissen der einzelnen Haushalte. Bei der Vorbereitung nationaler Entwicklungspläne müssen die Potentiale jedes Sektors zugunsten der Versorgung mit Unterkünften und Dienstleistungen erfaßt und mit denen der anderen Sektoren koordiniert werden. In vielen Ländern konnte dies schon verwirklicht werden; zwecks Ausarbeitung nationaler Strategien wurden dort hochrangige interministerielle Ausschüsse gebildet.

> *Wohn- und Siedlungsprogramme tragen zur wirtschaftlichen Entwicklung bei.*

- Programme zum Ausbau von Unterkünften und Infrastruktur sind mit Investitionen in das Baugewerbe verbunden und führen zur Herstellung von Bauteilen, sonstigen Materialien und Gerät; zudem beziehen sie eine Reihe von Industrien sowohl im etablierten als auch im informellen Wirtschaftssektor ein – die meisten von ihnen sind recht arbeitsintensiv. Der Produktionsfaktor Arbeit wird im Bereich der für das Wohnungswesen produzierenden Industrien besonders stark eingesetzt; die Tätigkeiten erfordern meist nur geringe Qualifikationen, so daß sich hier ein nicht unwesentliches Potential zur Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen und Unterbeschäftigten bietet.
- Die Errichtung von Siedlungen und Infrastruktur wirkt sich positiv auf das Sozialprodukt der Entwicklungsländer aus. Der Beitrag des etablierten Sektors der Bauwirtschaft zum Bruttosozialprodukt eines Entwicklungslandes beträgt zwischen 3 und 8vH. Zusätzlich entwickelt sich ein Multiplikatoreffekt: durch Verknüpfung mit anderen Industrien erzeugt das Baugewerbe Werte, die seinen eigenen Beitrag zur Wertschöpfung weit übersteigen.
- Für zahlreiche Verdienstmöglichkeiten im informellen Sektor, die sich sozusagen auf der Mikroebene abspielen – so zum Beispiel die Heimarbeit und solche Dienstleistungen, die sehr vielen Armen ein bescheidenes Einkommen ermöglichen –, ist das Haus der Arbeitsplatz selbst. Verbesserte Wohnmöglichkeiten, die an eine verbesserte Infrastruktur angebunden sind, werden derartige gewinnbringende Betätigungen erleichtern.
- Wohn- und Siedlungsprogramme können größeren Nutzen aus jenen landeseigenen Rohstoffen ziehen, die von den im Wettbewerb stehenden etablierten Industrien entweder nicht vollständig verwendet oder gar nicht benötigt werden, die jedoch für die Produktion von Baumaterialien bestens geeignet sind. Durch die Verwendung dieser Rohstoffe ließe sich der Grad der Abhängigkeit von Materialimporten und der Verbrauch von Devisen verringern.
- In den meisten Ländern könnte man durch vernünftige Wohnungsbaupolitiken und -programme das private Sparpotential mobilisieren; den Armen würde es ermöglichen, vor allem für das so sehr ersehnte Eigenheim oder für Grund und Boden insgesamt doch beträchtliche Ersparnisse anzusammeln.

#### *Strategien zur Unterstützung örtlicher Ansätze*

Der Bedarf an Wohnungen und Infrastruktur ist so groß, daß die Regierungen – allen voran die der Entwicklungsländer – ein-

## UNICEF: Nun seid mal schön objektiv

Der Fernseh-Star Joachim Fuchsberger ist dem Deutschen Komitee für UNICEF nur deshalb als werbender »Botschafter« treu geblieben, weil dieses sich öffentlich vom Verhalten des UNICEF-Hauptquartiers in New York gegenüber Boris Becker distanziert hat. »Große Betroffenheit« war beim Deutschen Komitee für UNICEF entstanden, weil das UNICEF Beckers Tätigkeit als Goodwill-Botschafter mit »sofortiger Wirkung« für beendet erklärt hatte, ohne das Deutsche Komitee »vorher zu informieren, geschweige denn zu konsultieren«.

Wenn dem Deutschen Boris Becker etwas geschieht, müssen anscheinend erst die deutschen UNICEF-Leute gefragt werden. Sie loben Becker dafür, daß er die Beschlüsse der UN-Generalversammlung mißachtet, denn sie wissen es besser: seine Weigerung, dem UNO-Sportboykott gegen Südafrika zu folgen, »entspricht ganz dem UNICEF-Grundsatz, sich aus der Politik herauszuhalten«. Die Apartheid lehne er eindeutig ab. Das Waffenembargo gegen Südafrika von 1977 hat die Bundesregierung in der UNO mitgeschlossen, die Lieferung von U-Boot-Blaupausen scheint trotzdem als läbliche Sünde betrachtet zu werden. Selbstverständlich lehnen alle die Apartheid ab.

Von Becker war verlangt worden, daß er schriftlich erklärt, er werde nie mehr in Südafrika spielen, solange in diesem Land Apartheid praktiziert wird. Becker betrachtete das Ansinnen als »Ultimatum« und schrieb dem UN-Generalsekretär: »Sir, ich werde in diesem Jahr 20 Jahre alt. Ich bin ein guter Tennisprofi, aber ich glaube, daß ich zu jung bin, um in die Politik einzutreten.«

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen muß sich einen gravierenden Fehler anrechnen lassen. Als man die Popularität des zweimaligen Wimbledoniesiegers 1986 auch für eine gute Sache zu Geld machen wollte, war übersehen worden, daß Boris Becker 1983 mit einer Junioren-Mannschaft des Deutschen Tennis-Bundes und 1984 bei den Offenen Meisterschaften in Südafrika gespielt hatte und dadurch in das »Register für Sportkontakte mit Südafrika« des UN-Zentrums gegen Apartheid geraten war. Anscheinend war dem UNICEF der Fall Ivan Lendl's aus der Tschechoslowakei entgangen, der 1983 am »Ersten Millionen-Dollar-Tennis-Ereignis« im Vergnügungszentrum »Sun City« des südafrikanischen Homelands Bophuthatswana teilgenommen hatte, dafür ein Jahr lang vom Tennisverband der CSSR gesperrt und mit einer hohen Geldstrafe belegt worden war. Nach einer Entschuldigung und dem Versprechen, einen solchen Fehler künftig nicht mehr zu begehen, war Lendl's Name aus dem Register getilgt worden.

Das UNICEF ist durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1946 als Internationale Kindernothilfe gegründet worden, um Kindern in kriegsverwüsteten Ländern zu helfen. Damals hat vermutlich niemand den Einwand erhoben, eine Stellungnahme gegen Nationalsozialisten und Faschisten als Verursacher von Kriegsleiden sei unzulässig »politisch«. 1953 änderte die Generalversammlung den Namen in UNICEF und wies die Aufgabe zu, besonders in Entwicklungsländern Gesundheits- und Sozialdienste für Kinder zu leisten. Dieselbe Generalversammlung hat am 17. Dezember 1981 »diejenigen Sportverbände, Sportler und Sportveranstalter, die unter Verletzung der Resolutionen der Generalversammlung wie auch der Internationalen Erklärung gegen Apartheid im Sport mit Südafrika kollaboriert haben«, verurteilt.

Angesichts solch eindeutiger Beschlüsse erscheinen Kommentare zum Fall Boris Becker in der deutschen Presse als etwas seltsam, wonach die Unterorganisationen der Vereinten Nationen eben auch politisierte Bürokratien seien, die zuweilen ihren wahren Auftrag vergessen. Das UNICEF ist ein Spezialorgan der Vereinten Nationen. Sollte der wahre Auftrag des Weltkindernhilfswerks darin bestehen, Beschlüsse seiner Träger schlicht zu mißachten?

Überlassen wir das UNICEF der Peinlichkeit des durch Unachtsamkeit selbstverschuldeten Dilemmas. Politisch gewichtig und interessant ist in diesem Zusammenhang die Position des Deutschen Komitees für UNICEF, dessen Vorsitzende Marie-Elisabeth Klee auf der letzten Mitgliederversammlung sich zur »Wahrung des Grundprinzips der Neutralität« für das UNICEF bekannt hat, und zwar der Neutralität implizit auch gegenüber der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Kann es Neutralität gegenüber der in der UN-Charta beschlossenen Zusammenarbeit geben, um die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen?

Daß die Rettung von Kindern nicht unpolitisch sein kann, beweist die von Frau Klee selbst positiv bewertete UNICEF-Studie »Anpassung mit menschlichem Gesicht«, die aus praktischen Erfahrungen in Afrika eminent politische Forderungen an IMF und Weltbank abgeleitet hat. Doch die Vorsitzende des Deutschen UNICEF-Komitees nennt diese Politik, die manchen Prinzipienwahrern strikter Neutralität keineswegs geheuer ist, Aufgeschlossenheit: »Bewußte Nichteinmischung in die Politik führt zu besonderer Aufgeschlossenheit.« Wer im Namen des UNICEF aufträte, müsse – wie beim Roten Kreuz – seine persönliche Überzeugung zurückstellen und dürfe keine politische Stellungnahme abgeben. »Die Politisierung nimmt uns die Glaubwürdigkeit, weil wir dann nicht mehr objektiv sein können.« So wird deutsche UNICEF-Politik gemacht, schön »objektiv. Niemals neutral will das Deutsche Komitee für UNICEF gegenüber dem Leiden von hilflosen Kindern und ihren Müttern sein. Wie jedoch will man sich gegenüber dessen Verursachern verhalten? Auch neutral? Ansgar Skriver □